

Mitteilung für die Medien

Berlin, 8. Februar 2024

Pax Christi International

Erklärung zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH)

Pax Christi International begrüßt die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH), bleibt aber bei seinen Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand und der sicheren Rückkehr aller Geiseln. Der enorme Verlust von Menschenleben und das unfassbare Elend, das der unschuldigen Bevölkerung des Gazastreifens zugefügt wird – fast die Hälfte davon sind Kinder – müssen jetzt ein Ende haben.

In einer rechtsverbindlichen Anordnung fordert der IGH Israel auf:

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass in Gaza keine Handlungen stattfinden, die gemäß der Völkermordkonvention als Völkermord gelten;
2. sicherzustellen, dass sein Militär keine völkermörderischen Handlungen begeht;
3. die Aufwiegelung zum Völkermord und entsprechende Rhetorik zu verhindern und zu bestrafen;
4. die Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen und humanitärer Hilfe für die Bevölkerung des Gazastreifens zu ermöglichen und zu erleichtern;
5. die Zerstörung von Beweisen für Völkermord bei ihren militärischen Operationen zu verhindern und zu sichern und
6. dem Gericht innerhalb eines Monats Bericht zu erstatten und das Gericht über die Einhaltung der heute angeordneten vorläufigen Maßnahmen zu informieren, als Antwort auf die Völkermordbeschwerde Südafrikas.

Wie in Artikel I und IV der Völkermordkonvention festgelegt, sind die Vertragsstaaten der Konvention verpflichtet, das Verbrechen des Völkermords zu verhindern und zu bestrafen. Pax Christi International schließt sich dem Aufruf führender humanitärer und Menschenrechtsorganisationen an, „den Transfer von Waffen, Teilen und Munition an Israel und bewaffnete palästinensische Gruppen zu stoppen, solange die Gefahr besteht, dass sie zur Begehung oder Erleichterung schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte verwendet werden“. Um das Töten, das Verstümmeln und die Zerstörung zu stoppen, müssen die Waffenlieferungen an beide Seiten sofort eingestellt werden.

Wir sind zutiefst besorgt über Berichte, wonach zwölf UNRWA-Mitarbeiter, d.h. 0,09 Prozent der Belegschaft in Gaza, in den barbarischen Angriff vom 7. Oktober verwickelt sind. Eine gründliche, unabhängige und transparente Untersuchung dieser mutmaßlichen Handlungen wurde durch das UN-Büro für interne Aufsichtsdienste (OIOS) eingeleitet. Wir bekräftigen, dass die Hamas und all jene, die den Angriff geplant und ausgeführt haben, mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden müssen. Pax Christi International ist sich jedoch darüber im Klaren, dass die UNRWA die Lebensader für die 1,7 Millionen Flüchtlinge im Gazastreifen ist, die für ihr Überleben auf die UNRWA angewiesen sind. Die unermüdliche Arbeit der 13.000 UNRWA-Mitarbeiter in Gaza, die mehr als 150 ihrer Kollegen verloren und persönliche Verluste und Vertreibung erlitten haben, muss mit der vollen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft fortgesetzt werden. Ihre Arbeit zu untergraben, bedeutet, eine leidende, unschuldige Bevölkerung kollektiv zu bestrafen, indem man ihr die Lieferung der grundlegendsten, lebenserhaltenden Hilfe verweigert.

Pax Christi International unterstützt nachdrücklich alle Bemühungen, der Gewalt ein Ende zu setzen, die in den 115 Tagen der Kampfhandlungen über 26.000 Menschen getötet und mehr als 65.000 verletzt hat. Die Welt ist Zeuge des Unvorstellbaren. Es ist unbedingt geboten, dass die internationale Gemeinschaft all ihre Macht und ihren Einfluss geltend macht, um diesem Gemetzel ein Ende zu setzen und entschlossene diplomatische Maßnahmen für einen dauerhaften, auf Gerechtigkeit beruhenden Frieden zu ergreifen. Alles andere wird von der Geschichte als Komplizenschaft gewertet werden.

Wir appellieren an alle Regierungen:

- einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern,
- die sichere Freilassung der Geiseln zu fordern, die von der Hamas und anderen militanten Gruppen festgehalten werden, sowie der Personen, die von Israel ohne ein ordentliches Verfahren inhaftiert wurden,
- die sofortige Wiederherstellung aller Finanzmittel für die UNRWA zu gewährleisten, um eine katastrophale Krise abzuwenden,
- ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel zu überprüfen und ihre Verteidigungspartnerschaften auszusetzen,
- ein gegenseitiges Embargo für jegliche militärische Ausrüstung und Unterstützung zu verhängen,
- durch diplomatische Maßnahmen darauf zu bestehen, dass der Zugang zu allen humanitären Hilfsgütern gewährleistet wird, einschließlich einer Überprüfung von Dual-Use-Gütern.